

## **A4 Für gute Arbeit: Beschäftigte schützen und Arbeitsbedingungen verbessern**

Antragsteller\*in: Ami Lanzinger (KV Erding)

1 Nach vielen Jahren der Diskussion und der mühsamen Arbeit von Gewerkschaften und  
2 europäischen Unterstützungsorganisationen wie dem Verband der europäischen  
3 Wanderarbeiter, kommt mit der Corona-Krise wieder neuer Schwung in die Debatte  
4 über die unsäglichen Arbeitsbedingungen in der deutschen Fleischindustrie, der  
5 Arbeit im Baugewerbe und in der Saisonarbeit im Rahmen der Obst- und Gemüseernte  
6 landwirtschaftlicher Betriebe. Besonders hier werden Beschäftigte, meist aus  
7 Osteuropa, sozial ungesichert und zu Niedriglöhnen über Subunternehmen  
8 beschäftigt. Gleichzeitig werden die gesetzlichen Regeln von Arbeitszeiten,  
9 Unterbringung und Arbeitsschutz zu wenig beachtet.

10 Werkverträge sind per se erst einmal nichts Schlechtes. Wir schließen sie ab,  
11 wenn wir Handwerker\*innen mit einer Leistung beauftragen oder ein Unternehmen  
12 beauftragt mit einem Werkvertrag ein IT-Unternehmen mit der Wartung seiner  
13 Server. Kritisch wird die Situation allerdings, wenn tausende von Arbeiter\*innen  
14 aus EU-Ländern über Werkverträge im Unternehmen mit bestimmten Tätigkeiten in  
15 deren Kerngeschäft beauftragt werden, die sie zwar meist mit eigenem Werkzeug,  
16 aber ohne eigenständige Handlungsspielräume durchführen müssen. Die  
17 Beschäftigten werden rücksichtslos ausgebeutet. Sie arbeiten für niedrige Löhne,  
18 zehn oder mehr Stunden, sechs Tage die Woche. Sie werden in engen Unterkünften  
19 zusammengepfercht und in vollgestopften Bussen zu den Schichten gefahren. Diese  
20 Geschäftsmodell hat keine Daseinsberechtigung.

21 Die Bundesregierung hat unter dem Eindruck der Corona-Krise nach langer  
22 Tatenlosigkeit endlich Teile der Probleme erkannt. In der Fleischindustrie gibt  
23 es mit dem Eckpunktepapier der Bundesregierung, das ein Verbot der  
24 Werkvertragsbeschäftigung vorsieht, erste Fortschritte. Wir fordern daher das  
25 sofortige Verbot dieser Werkverträge und fordern die Bundesregierung auf, dieses  
26 Verbot der Werkverträge auch in einem Gesetz festzuschreiben. Damit ist das  
27 Problem allerdings nur in einer Branche teilweise eingedämmt. Weitere Schritte  
28 zu einer gerechten Entlohnung, einer sozialen Absicherung und einem  
29 ausreichendem Arbeitsschutz müssen folgen!

30 Ein wichtiger Punkt sind die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Es müssen  
31 weitere Maßnahmen folgen, welche die Beschäftigten aus den Netzen der  
32 Subunternehmen lösen, die heute Teile des Lohns einbehalten und ihn häufig mit

33 der Fahrt nach Deutschland, dem Transport zur Arbeitsstätte, den Kosten der  
34 Unterkunft und der Versorgung mit Essen verrechnen. Es benötigt eine Anrechnung  
35 von Wege- und Umkleidezeiten für die notwendige Schutz- und Arbeitskleidung auf  
36 die Arbeitszeit. Der\*die Arbeitgeber\*in muss diese und alle weiteren nötigen  
37 Arbeitsmittel zur Verfügung stellen.

38 Für die lange überfällige Möglichkeit zur Mitbestimmung braucht es dazu starke  
39 Betriebsräte und Gewerkschaften, die für die Interessen der Beschäftigten  
40 eintreten und Organisationen wie das Projekt „Faire Mobilität“, die die  
41 Beschäftigten in ihrer Sprache beraten und für ihre Interessen eintreten. Die  
42 Bundesregierung machte hier mit dem Beschluss, das Projekt langfristig zu  
43 finanzieren, einen wichtigen Schritt. Beschäftigte, die sich nicht ausreichend  
44 in deutscher Sprache verständigen können, über Ketten von Subunternehmen  
45 beschäftigt werden und häufig ihre eigenen Arbeitsverträge nicht kennen, sind  
46 ein leichtes Opfer für skrupellose Vermieter\*innen und Subunternehmer\*innen.  
47 Durch Beratung in verschiedenen Sprachen und Aufklärung kann hier bereits  
48 einiges erreicht werden.

49 Wir benötigen Mindeststandards für den Wohnraum von Unterkünften für  
50 Beschäftigte, die aus anderen Ländern für Monate und Jahre nach Deutschland  
51 kommen. Ausreichende Sanitäreinrichtungen, Sozialräume, Kochmöglichkeiten, die  
52 Begrenzung der Zahl von Menschen je Schlafräum, die Chance auf eigene  
53 Sozialsphäre und die daraus folgende Mindestquadratmeterzahl pro Person. Das  
54 alles zu verhältnismäßigen Mietpreisen gemessen an den ortsüblichen Miethöhen.  
55 Diese Bedingungen sollten für Menschen in Deutschland im 21. Jahrhundert eine  
56 Selbstverständlichkeit sein und kein Gut, wofür die Betroffenen kämpfen müssen.  
57 Neben diesen Mindeststandards braucht es auch hier regelmäßige Kontrollen.

58 Die Zuständigkeit für die Kontrollen der Unterkünfte nach Arbeitsstättengesetz  
59 beispielsweise liegt bei den Gemeinden, die ihren Aufgaben häufig nicht  
60 nachgekommen sind, weil Werkvertragsbeschäftigte zwar in ihren Gemeinden in  
61 Sammelunterkünften lebten, die Betriebe, bei denen sie beschäftigt waren, sich  
62 jedoch in entfernten Nachbargemeinden befanden. Den Behörden fehlte so häufig  
63 die Kenntnis des Problems, wenn von Subunternehmen selbst z.B. Lagerräume  
64 angemietet wurden, in denen viele Beschäftigte untergebracht wurden. Wir  
65 benötigen viel mehr Kontrollen, die über Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen,  
66 Pausen, Arbeitsschutz und der Einhaltung der Tarifverträge wachen. Die  
67 Beweislast muss bei den Betrieben liegen. Diese Kontrollen sollten in einer  
68 Organisation, etwa der Bundeszollverwaltung, gebündelt werden, um den vielen  
69 schwarzen Schafen in der Branche nicht die Möglichkeit zu geben, die  
70 Kontrolleur\*innen gegeneinander auszuspielen. Die Umsetzung dieser Forderung  
71 kann nur funktionieren, wenn das Personal zur Kontrolle der Missstände massiv  
72 ausgebaut wird. In den letzten Jahren kam es bei den zuständigen  
73 Gewerbeaufsichtsämtern zu einem starken Ausdünnen der Personaldecke, hunderten  
74 unbesetzten Stellen und damit auch zu einer Verringerung der Kontrollen in den  
75 Betrieben. Zusätzlich braucht es eine elektronische und manipulationssichere

76 Arbeitszeiterfassung. Ein wichtiger Punkt zur Verfolgung der Missstände und zur  
77 Benennung der Verantwortlichen ist darüber hinaus die Nachunternehmerhaftung  
78 beim Arbeitsschutz.

79 Grundsätzlich benötigen wir ein Verbot der langen Ketten von Subunternehmen.  
80 Häufig können sowohl die zuständigen Behörden als auch die Beschäftigten selbst  
81 nicht mehr erkennen, wo sie unter welchen rechtlichen Bedingungen beschäftigt  
82 sind. Es muss folglich immer und bei allen Beschäftigten erkennbar sein, wo sie  
83 angestellt sind, welchem Tarifvertrag sie unterliegen und welche Unternehmen  
84 möglicherweise von ihrer Beschäftigung profitieren.

85 Wir fordern daher:

- 86 • Ein sofortiges Verbot der Werkverträge in der Fleischindustrie
- 87 • Eine Aufstockung des Personals beim Arbeitsschutz und der  
88 Lebensmittelhygiene
- 89 • Eine Nachunternehmerhaftung der einstellenden Betriebe in der  
90 Fleischindustrie im Bereich Arbeitsschutz
- 91 • Eine deutliche Einschränkung der Möglichkeiten Beschäftigte über  
92 Subunternehmen zu beschäftigen bzw. die Pflicht, diese  
93 Beschäftigungsketten jederzeit nachvollziehbar und dauerhaft transparent  
94 zu machen
- 95 • Eine klare Definition der Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften  
96 hinsichtlich der Anforderungen z.B. an die Sanitäreinrichtungen und  
97 Gemeinschaftsräume (Küchen etc.) sowie eine Begrenzung der Möglichkeit,  
98 mehrere Beschäftigte in einem Raum unterzubringen und damit eine  
99 Mindestquadratmeterzahl pro Person
- 100 • Beschäftigung in Deutschland muss immer in Verbindung mit dem Erwerb von  
101 Leistungen der Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung  
102 stehen, damit ein Ende der Sonderregelungen für Beschäftigung im Obst- und  
103 Gemüseanbau
- 104 • Eine einheitliche Kontrollstelle zur Überprüfung der Einhaltung von  
105 Arbeitszeiten, Arbeitsschutz- und Arbeitsstättenvorschriften und aller  
106 geltenden Gesetzen sowie ausreichend Personal, Kontrollen regelmäßig  
107 durchzuführen
- 108 • Die Bereitstellung aller nötigen Arbeitsmittel ohne Anrechnung auf das  
109 Gehalt

- 110 • Die Anrechnung von Weg- und Umkleidezeiten auf die Arbeitszeit
- 111 • Die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen verschiedenen  
112 Kontrollbehörden wie Lebensmittelüberwachung, Gesundheitsämtern und  
113 Gewerbeaufsicht zu verstärken
- 114 • Die Betriebsräte an einem Standort müssen für die gesamte Belegschaft  
115 zuständig sein
- 116 • Verpflichtende landeseinheitliche Hygienekonzepte in der Fleischindustrie  
117 einzuführen

### **Unterstützer\*innen**

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Timm Schulze (KV Bamberg Stadt), Norbert Waibel (KV München), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Florian Siekmann (KV München), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Sebastian Hansen (KV Würzburg), Franziska Büchl (KV München), Stefan Christoph (KV Regensburg), Elli Wolf (KV Amberg-Sulzbach), Axel Lindner (KV Erlangen Land), Carla Ober (KV Erlangen Stadt), Serdar Akin (KV Augsburg), Angelica Schieder (KV Landshut), Andreas Tschorsch (KV Landsberg am Lech), Lena Werner (KV Main-Spessart), Stephan Korb (KV Weiden), Mina Himmelstoß (KV Traunstein), Dirk Schneider (KV Bamberg Stadt), Maria Wißmiller (KV München), Arne Brach (KV München), Irmgard Lichtinger (KV München), Olav Dornberg (KV Aschaffenburg Land), Melanie Melitta Hipke (KV Augsburg), Michael Trzebiatowski (KV Nürnberg), Clara Weißenfels (KV München), Constantin Jahn (KV Dillingen), Judith Bogner (KV Mühldorf), Frank Dürsch (KV München), Leon Eckert (KV Freising), Andreas Gumminger (KV Mühldorf), Wolfgang Ehrenlechner (KV Berchtesgadener Land), Benedikt Clemens Mader (KV Erlangen-Stadt), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Oliver Haas (KV München)